

**NIEDERSCHRIFT
ZUR SITZUNG DES
BAU- UND
UMWELTAUSSCHUSSES**

Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode: 17. BAU 2009-2014 Sitzungsdatum: 06.03.2012 Niederschrift
--

Übach-Palenberg, den 06.03.2012

Unter dem Vorsitz von Silvia Gillen versammelte sich heute um 17:00 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses (Ortsbesichtigung 16:00 Uhr: Radweg Waubacher Weg) der

Bau- und Umweltausschuss

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

T a g e s o r d n u n g

A) Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung am 18.01.2012
2. Vorstellung der Kanal- und Straßenplanung für die Klosterstraße
3. BP 110 - "Einkaufszentrum Am Wasserturm"
hier: Vorstellung des landschaftspflegerischen Fachbeitrages und der Artenschutzprüfung
4. Anregung gem. § 24 GO NRW des CDU Ortsverbandes Boscheln vom 28.11.2011 betr. Instandsetzung der Parkanlage zwischen der Carl-Alexander-Straße und der Gartenstraße
5. Erweiterungen zur Tagesordnung
6. Bericht und Mitteilungen der Verwaltung

B) Nichtöffentliche Sitzung

7. Vergabeangelegenheiten
 - 7.1 Beauftragung zur Pflege verschiedener Teilbereiche im Straßenbegleitgrün
 - 7.2 Beauftragung zur Pflege verschiedener Teilbereiche im Straßenbegleitgrün
 - 7.3 Kanalzustandserfassung gemäß SÜW-Kan, Fortschreibung 2012
Ingenieurauftrag für örtliche Betreuung und Bewertung
8. Erweiterungen zur Tagesordnung
9. Bericht und Mitteilungen der Verwaltung

Es waren anwesend:

Stadtverordnete

Frau Brigitte Appelrath	B'90/Die Grünen	als persönliche Vertreterin für sachk. Bürger Dr. Wissing
Herr Wolfgang Bien	UWG	keine Teilnahme an der Ortsbesichtigung
Herr Herbert Fibus	SPD	
Herr Fred Fröschen	CDU	
Herr Josef Fröschen	CDU	
Frau Silvia Gillen	CDU	
Herr Herbert Görtz	CDU	keine Teilnahme an der Ortsbesichtigung
Herr Herbert Mlaker	SPD	als persönlicher Vertreter für Stadtverordneten Burbaum
Herr Wolfgang Schneider	SPD	keine Teilnahme an der Ortsbesichtigung
Herr Hubert Wynands	CDU	

Sachkundige Bürgerinnen und Bürger

Herr Dieter Hufnagel	SPD	keine Teilnahme an der Ortsbesichtigung
Herr Thomas Otten	CDU	keine Teilnahme an der Ortsbesichtigung
Herr Volker Schlüter	SPD	keine Teilnahme an der Ortsbesichtigung
Frau Christa Thar-Hennes	UWG	als persönliche Vertreterin für sachk. Bürger Hennes; keine Teilnahme an der Ortsbesichtigung

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner

Frau Carla Glashagen	parteilos	keine Teilnahme an der Ortsbesichtigung
----------------------	-----------	---

Mitglieder mit beratender Stimme

Herr Peter Lürken	parteilos	keine Teilnahme an der Ortsbesichtigung
-------------------	-----------	---

Vertreter des Senioren- und Behindertenbeirates

Herr Artur Wörthmann	CDU	keine Teilnahme an der Ortsbesichtigung
----------------------	-----	---

Abwesende sachkundige Einwohner

Herr Hans-Jürgen Mallmann	FDP
---------------------------	-----

Verwaltungsbedienstete

Herr Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch
Herr Dezernent Hans-Peter Gatzert
Herr Stadtverwaltungsrat Helmut Mainz

Herr Verwaltungsangestellter Gottfried Mannheims	keine Teilnahme an der Ortsbesichtigung
Frau Technische Angestellte Elsbeth Simon	
Herr Verwaltungsangestellter Horst Tacke	
Herr Technischer Angestellter Bernd Wingen	keine Teilnahme an der Ortsbesichtigung

Schriftführerin

Frau Stadtamtfrau Kerstin Schade

Ausschussvorsitzende **Gillen** stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Sie begrüßte die Ausschussmitglieder, die Vertreter der Verwaltung und die Zuschauer. Weiterhin begrüßte sie Herrn Schmelzer vom Ingenieurbüro Schmelzer, der unter TOP 2 die Planung für die Klosterstraße vorstellen werde und Herrn Pott vom Planungsbüro ISR, der unter TOP 3 den landschaftspflegerischen Fachbeitrag und die Artenschutzprüfung zum BP 110 vorstellen werde.

Stadtverordnete **Appelrath** erklärte, dass die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen am Ende der öffentlichen Sitzung eine Anfrage an die Verwaltung richten wolle.

Stadtverordneter **Schneider** erklärte, dass die SPD-Fraktion am Ende der öffentlichen Sitzung zwei Anfragen an die Verwaltung richten wolle.

A) Ortsbesichtigung

Vor Beginn der Sitzung fand um 16.00 Uhr eine Ortsbesichtigung des neuen Radweges im Waubacher Weg statt.

Ausschussvorsitzende **Gillen** begrüßte die Anwesenden.

Herr **Schmelzer** vom Ingenieurbüro Schmelzer erläuterte vor Ort kurz den Ausbau des Weges zu einem festen Radweg. Dieser sei 3 Meter breit und mit einer Schwarzdecke versehen. Die Länge betrage ca. 300 Meter. Ausführende Firma sei die Firma Dohmen gewesen. Die Vorabnahme sei bereits erfolgt. Die Endabnahme müsse noch erfolgen.

Stadtverordneter **Josef Fröschen** wies darauf hin, dass noch eine Umbeschilderung nötig sei, damit insbesondere auch Ortsunkundige den Weg finden.

Ausschussvorsitzende **Gillen** erklärte, der Radweg sei aus einer Anregung der CDU Ortsverbände Scherpenseel und Marienberg entstanden. Man halte den Radweg auf dem Marienberger Berg für gefährlich, so dass man mit diesem neuen Radweg einen alternativen Weg ermöglichen wollte. Sie freue sich, dass der Radweg so schön geworden sei.

Stadtverordneter **Mlaker** merkte an, dass es sich hierbei tatsächlich nur um eine Alternative und nicht um einen Ersatz handeln könne. Immerhin könne man zum Beispiel Schulkindern den neuen Weg im Dunkeln nicht zwingend zumuten.

Die Ortsbesichtigung endete um 16.50 Uhr.

B) Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung am 18.01.2012

Beschluss:

Die Niederschrift der Sitzung des Bau- und Umweltausschusses vom 18.01.2012 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

2. Vorstellung der Kanal- und Straßenplanung für die Klosterstraße

Herr **Schmelzer** vom Ingenieurbüro Schmelzer stellte die Planung für den Ausbau des Teilstückes der Klosterstraße zwischen Schulstraße und Franz-von-Sales-Straße vor und erläuterte kurz die verschiedenen Varianten (siehe hierzu auch die Anlage zur Niederschrift).

Das Straßenteilstück befinde sich in einem sehr schlechten Zustand. Die Asphaltoberfläche sei von Rissen durchzogen und weise verschiedene Aufbrüche auf.

Der Neubau sei in Asphaltbauweise geplant mit aus Betonsteinen gepflasterten Gehwegen. Es seien wechselseitige Stellplätze vorgesehen, die von Grün- bzw. Baumbeeten eingegrenzt werden.

Der Kanal unter der Klosterstraße werde für das Teilstück zwischen Selfkantstraße und dem Knotenpunkt Schulstraße erneuert.

Stadtverordneter **Josef Fröschen** erklärte, er favorisiere die Variante 1, da diese aufgrund der Trennung der Stellplätze von der Fahrbahn durch Markierungen günstiger und auch flexibler sei.

Er fragte, ob man sich hier in einem Bergbauschadengebiet befinde und diesbezüglich Vorkehrungen getroffen werden müssten.

Sachverständiger Bürger für Denkmalschutz **Lürken** fragte, nach welchen Kriterien die geplanten Stellplätze gesetzt seien. Habe man hierbei auch die vorhandenen Garagen insoweit berücksichtigt, als dass die Stellplätze nicht direkt gegenüber lie-

gen, um die Aus- und Einfahrten in die Garagen nicht weiter zu erschweren?

Dezernent **Gatzen** antwortete auf die Frage nach möglichen Bergbauschäden, dass er diesbezüglich mit Herrn Dr. Gottlob von der Carolus Magnus GmbH gesprochen habe. Dieser habe ihm versichert, dass es Bergbau in Richtung Marienberg nur bis zu den Gleisen gegeben habe. Schäden in der Klosterstraße können ihren Ursprung somit nicht im Bergbau haben.

Herr **Schmelzer** erläuterte zur Stellplatzfrage, dass verschiedene Kriterien bei der Planung berücksichtigt worden seien. So zum Beispiel der Radius von einmündenden Straßen, die Bushaltestelle, etc. Ob gegenüber von Zufahrten keine Stellplätze geplant seien, könne er nicht mit Sicherheit sagen.

Stadtverordnete **Appelrath** erklärte, heute sollte sich für eine Variante entschieden werde, um mit ihr in die Einwohnerversammlung gehen zu können. Sie habe sich für die günstigste Variante, Variante 1, entschieden, auch weil diese flexibler sei.

Stadtverordneter **Schneider** fragte, ob zwischenzeitlich der Haushaltsansatz geändert worden sei. Weiterhin würde er gerne wissen, ob es möglich sei, die Kosten für die Erneuerung der Straße im Zusammenhang mit dem Kanalbau nur teilweise auf die Anwohner umzulegen oder ob die Kosten komplett auf die Anwohner umgelegt werden müssen. Schließlich würde er gerne noch wissen, ob es zu den beiden weiteren Varianten (Variante 1 und 3) ebenfalls eine Kostenaufstellung gebe.

Dezernent **Gatzen** antwortete, er gehe davon aus, dass der Haushaltsansatz entsprechend geändert worden sei.

Stadtverwaltungsrat **Mainz** erklärte, die Verwaltung habe die Beitragspflicht der Anwohner in der Angelegenheit geprüft. Die Straße müsse aus Verkehrssicherungsgründen saniert werden. Eine Reparatur sei hier nicht möglich. Im vorliegenden Fall handle es sich eindeutig um eine beitragspflichtige Maßnahme im Sinne des KAG.

Stadtverordneter **Schneider** entgegnete, Stadtverwaltungsrat Mainz spreche von der Notwendigkeit der Straßensanierung, in der Sitzungsvorlage werde aber die Notwendigkeit der Kanalsanierung als Hauptursache genannt.

Stadtverwaltungsrat **Mainz** erklärte, hier treffe beides zusammen.

Sachkundiger Bürger **Schlüter** fragte nach dem genauen Unterschied zwischen Variante 1 und 2. Auch in Variante 1 gebe es doch eine Abgrenzung und nicht nur eine reine Markierung. Auch hier dienen doch die Pflanzbeete als Begrenzung.

Herr **Schmelzer** antwortete, beide Varianten enthalten Pflanzbeete als Begrenzungen. Der Unterschied sei, dass bei der Variante 2 die Stellplätze bündig mit dem Asphalt in Betonsteinpflaster angelegt werden, während bei Variante 1 die Parkstände wie die Fahrbahn in Asphalt hergestellt und nur durch Markierungen kenntlich gemacht werden.

Sachkundiger Bürger **Schlüter** merkte an, dass die Parkstände also auch bei Variante 1 aufgrund der Begrenzung durch Pflanzbeete nicht einfach entfernt werden

könnten und man somit also tatsächlich nicht wesentlich flexibler sei als mit Variante 2.

Er fragte nach dem Soll-/Ist-Vergleich in Bezug auf das Parken und wies darauf hin, dass viele Leute gar keine festen Parkflächen wünschen, sondern das freie Parken favorisieren.

Herr **Schmelzer** teilte mit, dass 18 Stellplätze vorgesehen seien. Man habe die Parksituation zu einer Uhrzeit zwischen 19 und 19.30 Uhr kontrolliert. Hier habe man 15 parkende Autos auf öffentlichem Raum gezählt.

Ausschussvorsitzende **Gillen** erklärte, die Thematik des Parkens könne man auch noch einmal in der Einwohnerversammlung mit den Anwohnern diskutieren. Für den Neubau der Straße favorisiere sie Variante 1.

Stadtverordneter **Blaker** merkte an, dass man ohne die geplanten Grünflächen mindestens 1 bis 2 Stellflächen mehr ausgewiesen bekäme. Zudem wäre diese Lösung auch kostengünstiger.

Herr **Schmelzer** erklärte, durch den Wegfall der Grünflächen würde man nicht zwingend mehr Stellflächen gewinnen. Auch finanziell hätte man hierdurch keinen entscheidenden Vorteil. Man habe sich bei der Planung für die Grünflächen entschieden, weil sie eine optische Auflockerung bedeuten und zudem die verkehrsdämpfende Wirkung unterstützen.

Herr **Wörthmann** erklärte, er möchte berücksichtigt wissen, dass die älteren Bewohner kurze Strecken zu Parkflächen haben. Zudem würde er gerne wissen, ob es barrierefreie Zugänge an den Straßeneinmündungen gebe.

Herr **Schmelzer** bestätigte dies.

Sachkundiger Bürger **Schlüter** erklärte, Herr Schmelzer habe gesagt, die Herstellung einer Mischverkehrsfläche sei hier aufgrund der Widmung nicht möglich. Dies wäre ihm neu; dies kenne er anders.

Er hätte sich eine alternative Planung gewünscht, die einen Mehrwert mit sich gebracht hätte. Bei der vorliegenden Planung gehe es nur um eine Wiederherstellung.

Herr **Schmelzer** erklärte, die in Rede stehende Straße sei keine, bei der sich ein verkehrsberuhigter Ausbau empfehle.

Sachkundiger Bürger **Schlüter** entgegnete, dann hätte er aber auch gerne etwas über die Frequentierung gewusst. Die Untersuchungen von Mischverkehrsflächen haben ergeben, dass hierdurch eine gegenseitige Rücksichtnahme erzielt werde. Es sei gesagt worden, dass das komplette Teilstück weggerissen werde. Es bleibe also nichts mehr von der alten Straße übrig. Das Teilstück sei sozusagen jungfräulich, so dass man hier möglicherweise etwas Besseres schaffen könnte als eine bloße Wiederherstellung.

Technische Angestellte **Simon** teilte mit, es sei Ende Februar/ Anfang März eine 10tägige Verkehrszählung durchgeführt worden. Täglich seien hierbei ca. 200 bis 250 Fahrzeuge in jede Fahrtrichtung, also ca. 500 Fahrzeuge insgesamt, gezählt worden. Hinzu komme noch der Schulbus.

Eine Mischverkehrsfläche würde höhere Kosten für die Anwohner verursachen. Außerdem handele es sich bei dem Teilstück um eine Haupteerschließungsstraße.

Stadtverwaltungsrat **Mainz** ergänzte, die Bewertung der Straße als Haupteerschließungsstraße bliebe unverändert, so dass sich auch an der Art der Kostenverteilung für die Beitragsabrechnung nichts verändern würde. Nur die Erhöhung der Gesamtkosten hätten dann eine Erhöhung des Beitrages zur Folge.

Sachkundiger Bürger **Schlüter** erklärte, dass eine Kostenrechnung für eine Mischverkehrsfläche interessant wäre.

Stadtverwaltungsrat **Mainz** sagte, für die Einwohnerversammlung könnten die Kosten hierfür noch ermittelt werden, um bestätigen zu können, dass die vorgelegte Planung die günstigste Alternative sei.

Ausschussvorsitzende **Gillen** erklärte, es sollte heute eine Entscheidung getroffen werden. Sollte sich noch eine günstigere Möglichkeit ergeben, könne man diese mit in die Einwohnerversammlung nehmen.

Stadtverordneter **Bien** erklärte, er sehe hier die Möglichkeit, lediglich Markierungen für die Stellplätze auf der Fahrbahn vorzunehmen. Man verzichte also vollständig auf die Bildung von Boxen durch Eingrenzung der Stellflächen durch Pflanzbeete. Mit dieser Möglichkeit bliebe man tatsächlich flexibel, auch im Hinblick auf das noch vorhandene Baupotential in der Klosterstraße. Sollte sich also zu einem späteren Zeitpunkt Änderungsbedarf ergeben, müsste man hierbei tatsächlich nichts zurückbauen, sondern lediglich die Markierung entfernen. Diese Möglichkeit sei zudem noch kostengünstiger als die hier vorgestellte Variante 1.

Stadtverordneter **Schneider** wies darauf hin, die Diskussion zeige, dass man keine Varianten vorgestellt bekommen habe, die sich tatsächlich wesentlich voneinander unterscheiden. Auch habe man somit keine unterschiedlichen Modelle, die man den Einwohnern vorstellen könnte. Hier kämen für ihn die Vorschläge der Mischverkehrsfläche und der ausschließlichen Markierung (ohne Einfassungen) in Betracht.

Sachkundiger Bürger **Schlüter** merkte an, dass man bei einer ausschließlichen Markierung dann Probleme habe, wenn keiner parkt. Dann habe man nämlich eine sehr breite Fahrbahn die sozusagen einer Autobahn gleiche. Außerdem stelle sich hier dann auch die Frage, warum man überhaupt Parkflächen vorgeben wolle. Das in Rede stehende Straßenteilstück sei derzeit eine 30er Zone. Hieran würde er auch festhalten wollen. Trotzdem sei seiner Meinung nach eine Mischverkehrsfläche vorstellbar.

Dezernent **Gatzen** erklärte, er halte die Einwohnerversammlung für sehr wichtig. Hier sollte man zunächst die Meinungen der Einwohner hören. In der Verwaltung sei man bemüht gewesen, die Kosten für den Straßenneubau so gering wie möglich zu halten. Allerdings liege man bereits bei der vorgestellten Planung bei einem grob errechneten Beitragssatz in Höhe von 13 bis 15 Euro. Darüber werde sicherlich niemand erfreut sein.

Ausschussvorsitzende **Gillen** schlug vor, über die vorliegende Beschlussempfehlung abzustimmen mit der Bitte an die Verwaltung noch einmal nach einer kosten-

günstigeren Möglichkeit zu suchen.

Sachkundiger Bürger **Schlüter** fragte, wie man denn weiter vorgehen wolle. Wolle man mit einer möglichen kostengünstigeren Variante in eine Einwohnerversammlung gehen ohne diese im Vorfeld diskutiert zu haben?

Ausschussvorsitzende **Gillen** entgegnete, wenn er noch eine günstigere Möglichkeit sehe, als die, die hier vorgestellt worden seien, solle er dies sagen, damit man diese mit in die Einwohnerversammlung nehmen könne. Warum sollte man nicht mit 2 Varianten in eine Einwohnerversammlung gehen und diese dort diskutieren. Anschließend und unter Berücksichtigung der Meinungen innerhalb der Einwohnerversammlung werde doch erst über die endgültige Ausführungsplanung beschlossen. Sie halte an der Meinung fest, dass heute über die vorliegende Beschlussempfehlung abgestimmt werden sollte und eine sich möglicherweise noch ergebende kostengünstigere Variante mit in die Einwohnerversammlung genommen werden könne.

Stadtverordneter **Bien** erklärte, grundsätzlich habe man planerisch genug gehört, um eine Entscheidung treffen zu können. Er glaube jedoch, dass sein Vorschlag, eine ausschließliche Markierung ohne Boxen vorzunehmen sei noch günstiger als Variante 1. Daher sollten für diese Möglichkeit noch die Kosten ermittelt werden, um diese Möglichkeit in der Einwohnerversammlung noch mit vorstellen zu können.

Stadtverordneter **Schneider** erklärte, für die SPD-Fraktion seien noch zu viele Fragen offen. Sie werde daher nicht für die vorliegende Beschlussempfehlung stimmen.

Stadtverordneter **Josef Fröschen** teilte mit, seiner Meinung nach solle man heute einen Beschluss fassen, damit man mit einem "Plan" in die Einwohnerversammlung gehe. Die Schieberei einer Entscheidung helfe doch nicht.

Stadtverordnete **Appelrath** merkte an, in der Beschlussempfehlung heiße es nur, die Planung werde zustimmend zur Kenntnis genommen, nicht, welche Variante genau.

Ausschussvorsitzende **Gillen** erklärte, sie schließe nun die Verhandlung und wolle über die vorliegende Beschlussempfehlung abstimmen lassen.

Stadtverordneter **Fibus** entgegnete, sie könne die Verhandlung nicht schließen. Er habe noch eine Anmerkung machen wollen.

Ausschussvorsitzende **Gillen** entgegnete, die Verhandlung sei geschlossen. Sie ließ über die vorliegende Beschlussempfehlung abstimmen.

Beschluss:

Die Kanal- und Straßenplanung für das Teilstück der Klosterstraße, zwischen Schulstraße und Franz-von-Sales-Straße wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

5 Nein-Stimmen

9 Ja-Stimmen

3. BP 110 - "Einkaufszentrum Am Wasserturm"

hier: Vorstellung des landschaftspflegerischen Fachbeitrages und der Artenschutzprüfung

Herr **Pott** vom Planungsbüro ISR stellte den landschaftspflegerischen Fachbeitrag und die Artenschutzprüfung vor. Insoweit wird auf die Anlage zur Niederschrift verwiesen.

Stadtverordnete **Appelrath** erklärte, sie habe den NABU kontaktiert. Hier habe sie erfahren, dass das Vorkommen einer relevanten Schmetterlingsart der Roten Liste, der Spanischen Flagge, im Plangebiet vermutet werde. Dies sei im gehörten Vortrag in keinsten Weise gewürdigt worden. Sie sehe hier Nachbearbeitungsbedarf.

Sachkundige Einwohnerin **Glashagen** ergänzte, in Teilen des Plangebietes gebe es eine artenreiche Kräuterstruktur in der Rote-Listen-Arten vorkommen könnten. Dies müsse in der Bewertung der Ausgleichsmaßnahmen anders betrachtet werden. Der vorgesehene Ausgleich im Rahmen von Buchenwäldern biete sich hier nicht an. Der Ausgleich müsse ihrer Meinung nach sowohl in der Größe als auch in der Art angepasst werden.

Herr **Pott** erläuterte, natürlich habe auch er Kontakt zum NABU aufgenommen. Hier seien Verdachtsfälle genannt worden, die er in seine Betrachtung mit aufgenommen habe. Im Rahmen der Kartierung konnten jedoch keine planungsrelevanten Schmetterlingsarten nachgewiesen werden. Was die genannte Änderung der Ausgleichsart betreffe, so mache dies nur Sinn, wenn eine Betroffenheit der genannten Arten tatsächlich nachgewiesen würde. Hierzu könnten im weiteren Frühjahr noch Kartierungen stattfinden.

Sachkundige Einwohnerin **Glashagen** erklärte, ihr gehe es darum, dass, wenn bei einer weiteren Kartierung andere Ergebnisse erzielt werden, hier entsprechend die Ausgleichsfläche und die Art des Ausgleiches angepasst werden.

Verwaltungsangestellter **Tacke** wies darauf hin, dass es hierbei nicht, wie mehrfach genannt worden sei, um Rote-Listen-Arten gehe, sondern um FFH-Arten der Anlage IV. Hierzwischen sei zwingend zu unterscheiden.
(Anmerkung: Bei der Spanischen Flagge handelt es sich nicht um eine FFH-Art der Anlage IV.)

Stadtverordneter **Schneider** fragte, ob der Investor das Grundstück für die Ausgleichsfläche kostenlos zur Verfügung gestellt bekomme.

Dezernent **Gatzen** antwortete, der Investor müsse der Stadt die Durchführung der Ausgleichsmaßnahmen und die Bereitstellung des Grundstückes bezahlen.

Stadtverordnete **Appelrath** erklärte, wenn man jetzt einen Beschluss fasse, dann seien die Ökopunkte festgelegt. Wie würden sich dann mögliche Änderungen auswirken?

Dezernent **Gatzen** antwortete, dass man dies dann im Rahmen des städtebaulichen Vertrages mit dem Investor festlegen würde.

Gerne nehme man die o. g. genannte Anregung auf und werde die Angelegenheit weiter verfolgen.

Beschlussempfehlung:

Der landschaftspflegerische Fachbeitrag und die Artenschutzprüfung zum BP 110 "Einkaufszentrum Am Wasserturm" werden zustimmend zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

4. Anregung gem. § 24 GO NRW des CDU Ortsverbandes Boscheln vom 28.11.2011 betr. Instandsetzung der Parkanlage zwischen der Carl-Alexander-Straße und der Gartenstraße

Stadtverordneter **Josef Fröschen** erklärte, die Anregung sei zu einem Schnellläufer geworden. Sie sei schnell umgesetzt worden, noch vor einer Behandlung im Ausschuss. Bisher habe er nur Positives von den Anwohnern gehört und wenn jetzt abschließend der Boden noch etwas überarbeitet und die Brennnesselstände geschnitten werden, habe man wieder eine schöne Parkanlage.

Somit habe sich die Angelegenheit erledigt. Er wolle sich hierfür beim Technischen Betrieb bedanken.

Stadtverordneter **Schneider** merkte an, dass, wie sich hier gezeigt habe, der kurze Dienstweg funktioniere. Somit sollte man die Verwaltung mit solchen Anträgen künftig nicht mehr belasten.

Technischer Angestellter **Mannheims** erläuterte, dass vor allem der lange Dauerfrost in diesem Jahr einen vernünftigen Rückschnitt ermöglicht habe.

5. Erweiterungen zur Tagesordnung

Erweiterungen zur Tagesordnung ergaben sich nicht.

6. Bericht und Mitteilungen der Verwaltung

Verwaltungsangestellter **Tacken** erläuterte, dass er bereits in der Ausschusssitzung am 10.11.2011 mitgeteilt habe, dass die Stadt Übach-Palenberg für das Projekt „Via Belgica“ die Maßnahmen abspecken und versuchen wolle, den städtischen Eigen-

anteil von 20 Prozent vollständig über Sponsoren zu decken, so dass man sich auch an den investiven Maßnahmen für Info-Tafeln, Wegweiser und andere Kennzeichnungselemente beteiligen dürfe. Dies sei zwischenzeitlich genehmigt worden. Hierüber sei nicht nur die Stadt Übach-Palenberg froh, sondern alle Projektpartner, da sonst die Kennzeichnung der Via Belgica an der Stadtgrenze zu Übach-Palenberg aufgehört hätte und eine durchgängige touristische Wegeverbindung zwischen Köln und der Grenze zu den Niederlanden nicht möglich gewesen wäre.

Anfragen

Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen:

Stadtverordnete **Appelrath** fragte nach dem Stand der Errichtung der Photovoltaikanlagen auf den verpachteten städtischen Dachflächen.

Dezernent **Gatzen** erläuterte, die Firma habe mit den Arbeiten begonnen und versuche die Anlagen nun kurzfristig zu installieren.

Anfrage 1 der SPD-Fraktion:

Stadtverordneter **Schneider** fragte nach dem Stand der Holzbrücke ins Naherholungsgebiet.

Technische Angestellte **Simon** antwortete, die Brücke sei gestern wieder freigegeben worden.

Anfrage 2 der SPD-Fraktion:

Stadtverordneter **Schneider** wies auf die damals eingereichte Unterschriftenliste in Bezug auf die Saarstraße hin und fragte, ob diese Bedenken jetzt, im laufenden Verfahren, erneut vorgelegt werden müssten.

Dezernent **Gatzen** antwortete, mögliche Bedenken sollten jetzt, im Rahmen der öffentlichen Beteiligung, geäußert werden.

Stadtverordneter **Schneider** fragte nach, ob die bisher geäußerten Bedenken somit außer Betracht bleiben.

Dezernent **Gatzen** bestätigte dies, da die Bedenken außerhalb des offiziellen Verfahrens geäußert worden seien.

Ausschussvorsitzende **Gillen** schloss die öffentliche Sitzung um 18.40 Uhr.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit schloss Ausschussvorsitzende **Gillen** um 18.48 Uhr die Sitzung.

Gillen
Ausschussvorsitzende

Schade
Schriftführerin